

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Verlag: Riesner Verlag, Riesa.

Verlag: Riesner Verlag, Riesa.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Oröba.

Nr. 174.

Donnerstag, 29. Juli 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellung, bei Abholung am Posthalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Bewilligung für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 3 mm hohe Druckzeile (7 Spalten) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 10%, Aufschlag, Nachweissungs- und Veranlassungsgebühr 30 Pf. Feste Tarife. Bewilligung Rabatt erteilt, wenn der Betrag übersteigt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gedr. Nachdruck- und Erfüllungsort: Riesa. Wierzechnitzsche Anzeigenvermittlung, Gräßler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsstellen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Abfertigung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Fleischverforung in der Woche vom 26. Juli bis 1. August 1920.

Auf die Reichsfleischkarte Reihe Z erhalten auf die Marken 1-10 beim 1-5: Personen über 6 Jahre bis 250 gr Schweine, Rind- oder Kalbfleisch mit eingemachten Knochen oder Knochenbeilage und 100 gr Corned beef, Personen unter 6 Jahre bis 125 gr Schweine, Rind- oder Kalbfleisch mit eingemachten Knochen oder Knochenbeilage und 50 gr Corned beef.

Der Preis beträgt bei:		
Schweinefleisch mit eingewachsenen Knochen oder Knochenbeilage	8.40 Mrk.	für das Pfund.
Rindfleisch	10.25 Mrk.	
Kalbfleisch	10.40 Mrk.	
Corned beef	8.85 Mrk.	

Großenhain, am 27. Juli 1920.

Die Amtshauptmannschaft.

Maul- und Klauenseuche.

In den Gehöften des Gutsherrn Hans Paul in Röderau und des Richard Schumann in Ruppis ist der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche bezirksärztlich festgestellt worden.

Großenhain, am 27. Juli 1920.

Die Amtshauptmannschaft.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf den Inhalt der Bekanntmachung des Bezirksarbeitsnachweises (Abdruck im Riesner Tageblatt vom 22. 12. 1919 Nr. 293, im Großenhainer Tageblatt vom 23. 12. 1919 Nr. 298 und im Radeburger Anzeiger vom 23. 12. 1919 Nr. 147) wird erneut darauf hingewiesen, daß die Amtshauptmannschaft Großenhain und die Stadträte zu Großenhain und Riesa als zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweise im Sinne der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Dezember 1919 für den Bezirk Großenhain, einschließlich der Städte Großenhain und Riesa, den Bezirksarbeitsnachweis Großenhain mit seinen Nebenstellen Riesa und Radeburg bestimmt haben. Jeder Arbeitgeber im Bezirk, der auch nur eine Arbeitsstelle zu besetzen hat, ist bei Vermehrung einer Stelle bis zu 100000 Mk. zu ihrer Anmeldeung beim Bezirksarbeitsnachweis Großenhain oder einer seiner Nebenstellen verpflichtet.

Großenhain, den 28. Juli 1920.

Bezirksarbeitsnachweis Großenhain.

330a Ver.-M.

Sonnabend, den 31. Juli 1920, 11 Uhr vorm. soll im Gasthof zu Oröba 1 brauner Topf (Ziegel) öffentlich versteigert werden. Der Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Riesa.

Verkaufspreise für Obst und Gemüse betr.

Der Ueberwachungsamt der Stadt Riesa hat festgestellt, daß von hiesigen Kleinhändlern und Gärtnereien für Gemüse, Obst und Kartoffeln mitunter deshalb zu hohe Preise gefordert werden, weil sie zu teuer die Waren einkaufen oder einen zu hohen Aufschlag zum Einkaufspreis berechnen.

Deutscher Reichstag.

mit. Verlin, 28. Juli

Besprechung der Spaer Konferenz

scheint nachzulassen, Haus und Tribünen wenigstens weisen große Lücken auf.

Hg. Strefeman (D. Vpt.)

Er versteht nicht recht, daß eine Zeitung seinerzeit die Ueberschrift: „Der Erfolg von Spa“ gebracht habe, einen Erfolg könne man die schmerzlichen Kassen, die der Vertrag uns auferlegt, doch kaum nennen. Er vergleicht die Friedensbestimmung mit der einstigen Bestimmung Karthagos und bedauert, daß noch immer die Friedensbedingungen nicht allgemein bekannt seien und verlangt Veröffentlichung unserer Gegenstände zu dem Verlangen der Gegner auf Verstärkung der Kriegsschuldigen. In dem werde die Vorbereitung jedesfalls so gründlich getroffen sein, daß wir selbst mit Vorschlägen kommen könnten. Der Frieden von Versailles sei, das habe bei allen Parteien fest, unerschütterlich, er könne daher nicht mit dem Minister Simons überein, der in diesem Frieden die Grundlage der künftigen Einmütigkeit Europas sehe. Der Friede von Versailles könne nicht mit der Langfristigen Note und mit Wilsons Programm überein, es sei daher unsere Pflicht und die aller Regierungen, unabhängig davon zu arbeiten, daß der Friede von Versailles mit diesen beiden Punkten in Einklang gebracht werde. Wenn Lloyd George Besorgnisse wegen des Bestands der Regierung habe, so dürfe er nicht dazu beitragen, dieser Regierung das Instrument aus der Hand zu schlagen, das sie benutze. Weder nimmt Johann Herrmann Stinnes in Schutz, den man nicht zu entschuldigen, sondern dem man zu danken habe, deshalb protestiere er gegen das Herrbild, das gestern hier der Hg. Reichstag entworfen hat. Wie kann man den Kampf um den Lebensnerv Deutschlands hier in Zusammenhang mit der Angst vor der lothringischen Konkurrenz bringen? Im übrigen habe die Großindustrie im Westen selbst ganz unterschieden sich gemeinsam mit der Arbeiterchaft gegen jede Lockerung der Beziehungen zum Reich ausgesprochen. Auch seine Partei lehne in der Drohung der Befreiung des Ruhrgebietes keinen Anlaß. Die Roblenfrage hängt allein von Oberösterreich ab, bekommen wir dort Roblen, können wir den Vertrag erfüllen, und hier wollen wir dem uns gegebenen Worte der Entente vertrauen. Jedenfalls können wir auf eine härtere Roblenlieferung von dort rechnen. Die Lebensmittel für die Arbeiter müßten daher auch den Transportarbeiten und speziell den Eisenbahnern zu gute kommen. Auch er hätte lieber eine schriftliche Abmachung hinsichtlich der oberösterreichischen Zusicherungen gesehen, aber wenn sich unsere Delegierten hier auf das Wort unserer Gegner verlassen hätten, so dürfe man ihnen hieraus nicht den Vorwurf mangelnder nationaler Würde machen. Dieser Vorwurf sei der schwerste, der gegen die Delegierten erhoben worden sei, deshalb weise er ihn zurück. Den Herrn Außenminister diene er, bei seinen Reden nicht lediglich an die Psychologie des Auslandes zu denken. Ueber Voten müsse er sich erst äußern, wenn Voten Beweise dafür gegeben, daß es sich mit uns verständigen wolle auf dem Boden des Rechtes. Was nun die rote Brücke angeht, welche der Bol-

Dr. Simons über Deutschlands Neutralität im Osten.

Wg. Berlin, 28. Juli.

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons veröffentlicht im Augustheft der „Deutschen Nation“ einen Aufsatz über Deutschlands Neutralität im Osten, aus dem wir bereits jetzt folgendes wiedergeben in der Lage sind: Die Krisis im Osten ist über die Grenzen Polens und über die unferne hinweg zu einer gemeinsamen europäischen Frage von allergrößter Bedeutung geworden. Wohin das Schicksal auch die Folgen der Krisis lenken mag, ein festes Ziel für Deutschland steht: Die durch die Erklärung des Reichspräsidenten vom 20. Juni feierlich verkündete Neutralität.

Die Erklärung der Neutralität schafft an sich sachlich keinen neuen Zustand, sondern gibt nur eine rechtsverbindliche Bestätigung eines solchen Zustandes, der bereits besteht. Das Deutsche Reich lebt mit beiden der freigekündeten Parteien, die sich an seiner Ostgrenze gegenüberstehen, im Frieden.

Die Neutralität ist eine freiwillige Selbstbeschränkung, die dem, der sich durch sie gebunden erklärt, in gleicher Weise Rechte und Pflichten auferlegt. Die Rechte bestehen darin, daß der neutrale Staat als Gegenleistung für seine Zurückhaltung von den Kriegführenden eine Respektierung seiner Grenzen erwarten darf. Die Pflichten erstrecken sich auf eine völlig gleiche unparteiische Behandlung der beiden kämpfenden Parteien. Diese Unparteilichkeit findet ihren Ausdruck vor allem darin, daß der neutrale Staat sein eigenes Gebiet nicht zu Gunsten eines der beiden Kriegführenden hergibt. Die Kompromittiertheit der Lage, in der sich Deutschland hinsichtlich dieser Frage steht, ergibt sich aus der Stellungnahme der Entente, die zu Rußland und Polen. Diese sind nicht in dem Sinne neutral wie wir; denn sie haben sich nicht auf einen Stand-

punkt gestellt, der unserer Erklärung vom 20. Juni entsprechen würde, sondern lassen dem bolschewistischen Staat offen und unberührt ihre Unterstützung zuteil werden.

Für Deutschland wird die Frage der Stellungnahme der Entente in dem Augenblick akut, in dem diese den Gedanken einer militärischen Hilfeleistung für Polen zur Ausführung zu bringen versucht. Es entsteht die Frage: dürfen oder müssen wir eine solche Hilfeleistung, die deutsches Gebiet berühren würde, zulassen? Die geographische Lage Deutschlands läßt keinen Zweifel daran, daß es das natürliche Grenz- und Aufmarschgebiet für denartige Zwecke wäre. Verpflichtet sind wir in keiner Weise, Wünsche der Entente, die in dieser Richtung gehen, zu erfüllen. Es steht uns zwar frei, Waffen und Munition zu liefern, doch sind wir hierzu, abgesehen von Ausfuhrverboten des Friedensvertrages, von nichts anderem abhängig, als von unseren eigenen Einschätzungen. Den Durchmarsch von Truppen zu gestatten, sind wir nach unserer Neutralitätserklärung nicht berechtigt; denn eine solche einseitige Vergünstigung für einen der beiden Gegner würde einen Neutralitätsbruch unversehens bedeuten. Dagegen wäre es eine Befreiung unserer Neutralität, wenn man uns durch Druckmittel irgendeines Zwanges dazu veranlassen wollte, einen Durchmarsch zu erlauben.

Die Deutsche haben keinen Grund, eine der Kriegführenden Mächte schlechter zu behandeln als die andere. Unser Lebensinteresse als Nation erfordert es, daß wir den unangenehmen Boden unserer feigen Neutralitätserklärung nicht verlassen. Hierzu muß mit allem Nachdruck und aller Entschiedenheit festgehalten werden. Versteht man es sich in dieser Hinsicht in eine leichtgläubige Zerknirschung wegen zu lassen. Die Lage ist nach jeder Richtung ge-

einzelnen Punkten mit dem Herrn Minister des Auswärtigen nicht übereinstimmend, so bege er doch im Großen und Ganzen volles Vertrauen zu ihm und seine Partei werde die Regierung nach wie vor unterstützen.

Hg. Hausmann (Demokr.)
erkennt die Schwierigkeiten an, die unsere Delegierten in Spa zu bestehen hatten, beipflichtet den Ton und die Verhandlungsart. Wenn die erzwungene Gerabehung der Reichswehr in Deutschland nicht einem einmütigen Protest begegne, so liege das an zahlreichen Vorurteilen der letzten Zeit. Wenn die Entente von uns Unterzeichnung des Ruhrgebiet-Annexions-Paragrafen verlangt habe, so sei das eine unmoralische Zumutung gewesen. Weder verlangt strengste Unterbindung der Roblenexporte. In einer Veröffentlichung der Frankfurter Zeitung wurden die Verdienste Frankreichs an Roblen ganz anders angegeben, sodaß Frankreich schon jetzt 65% seines Bedarfs gedeckt habe, während Deutschland nur zu 48% gedeckt sei. Diese Zahlen müßten nachgeprüft werden. Alles in allem verhebe er die Stellungnahme der Delegation in Spa, ein Vorwurf wegen der Unterzeichnung könne ihr jedenfalls nicht gemacht werden. Ueber den Erklärungen des Außenministers lag der Schimmer größter Gewissenhaftigkeit. Weder polemisiert sodann gegen den Hg. Reichstag, dessen

Verteile und Sympathien für Sowjet-Rußland er durchaus nicht teile. Er behauert ferner die Größe der Rechte, die jeden Winter angegriffen habe und nun, wo ein Bachmann an der Spitze des Auswärtigen Amtes stehe, ihn in dieser Form überfiele. Die Rede Simons sei für die Rechte eine Entschärfung gewesen, jedenfalls weil sie keinerlei Täuschung enthielt und auf den Rebell, mit dem sich die Rechte sonst ummahe, verzichtete. Wie könne eine große Partei den Ministern uneres Landes vorwerfen, sie hätten Deutschlands nationale Würde preisgegeben. Durch solche Angriffe würde nur den Geanern ein Dienst erwiesen. Wenn Prof. Doehls glaube, die Franzosen wären doch nicht eingeliebt in das Ruhrgebiet, so sei das ein Glaube, eine Mutmaßung, darauf könne es aber doch nicht seinen ganzen Angriff auf das Kabinett aufbauen. Dem Minister Simons trete er wegen seiner neuen Methode der Offenheit gern zur Seite, seine Ausführungen waren wahr und zuverlässig, also das beste Fundament für einen guten Außenminister. Die deutsche Gesellschaft habe im Gegensatz zur Weichteil den Wert der Methoden des neuen Außenministers anerkannt. Hedner billigt die Neutralitätserklärung im Osten.

Abg. Böhm (Wap. Wpt.)

schwer verständlich, erkennt an, daß der Außenminister sich in Spa recht geschickt benommen hat und daß trotz aller Courtisane nicht mehr zu erreichen war. Andererseits gebe er zu, daß die Angelegenheit in Spa das Maß dessen überschritten, was wir leisten könnten. In der Angelegenheit des französischen Geländes habe sich die bayerische Regierung korrekt und dem Reichsgedanken getreu erwiesen.

Frau Setkin (Kommunist)

will nicht eingreifen in den Streit, um die persönlichen Eigenschaften des Herrn Außenministers, gestern sei ja um ihn ein Streit entbrannt, wie um die Leiche des Patroklus. Nach ihrer Ansicht gebe die Rede Dr. Simons keinen Anlaß zu besonderen Erwartungen, seine Äußerungen über Rußland seien höchstens als eine kleine Extrapolatur anzusehen. In Spa hat er sich dagegen durchaus gegenrevolutionär erwiesen, namentlich in der Willkürfrage. Den Bemühungen des Ministers um die Dehnung des deutschen Wirtschaftslebens trete sie skeptisch gegenüber, er trete ja nur für den ausdehnenden Wirtschaftskapitalismus ein. Auch sonst habe sie über Spa eigentlich nur zu sagen, daß dort zum ersten Mal wieder die europäischen Kapitalistenkreise zusammengekommen seien, mit Einschluß der Deutschen, die Kohlenkurse seien gleich um 50 Prozent gesunken. Die kommunistische Partei lehne mit aller Entschiedenheit eine Zustimmung zu dem Abkommen von Spa ab. Sie beärkt die Erlöse der bolschewistischen Armees im Kampfe gegen das imperialistische Polen und ruft alle Kommunisten und Sozialisten der Welt zur dritten Internationale auf, um im Sinne der Weltrevolution den Kapitalismus und Imperialismus zu stürzen.

Abg. Müller-Franken (Soz.)

verteidigt seine Regierung gegen im Laufe der Debatte laut erworbene Vorwürfe. Herr Stresemann habe von dem demokratischen Preußen gesprochen, das Ausland merke nur nicht viel davon, wohl aber von der noch immer recht lebendigen arden breussischen Schanze. (Lachen rechts.) Er kommt sodann auf den Osten zu sprechen, wo uns noch Verfallens gemäß den Wünschen der Entente die Hände gebunden waren. Ein neues Jahr lang konnten wir mit Rußland keine Verträge abschließen; als die Schranke fiel, haben wir sofort die Beziehungen aufgenommen. Die Außen selbst aber hatten der Entente von Kommissionen Schmierarbeiten bereitet, er selbst teile die optimistische Auffassung des Ministers Simons über die dortigen Zustände nicht, glaube auch nicht an russischen Sozialismus. Hedner schließt mit dem Hinweis, daß seine Fraktion für den Reberbeisatz zur Konferenzdebatte stimmen werde im Sinne der Verwirklichung der allgemeinen Mitarbeit der Erfüllung der Friedensbedingungen.

Abg. Toni Sender (Unabh.)

wendet sich gegen die patriotischen Tiraden und Schlagworte, die im letzten Augenblick genau so leichtfertig seien, wie zu jeder Zeit, als die imperialistische Politik den Krieg heraufbeschwor, und an denen alle Parteien, mit Ausnahme der Unabhängigen, gleich Schuld trügen. Die Liebe des Ministers Simons zu ihrer Partei habe auch nur genau 24 Stunden gedauert, dann hat er sich den andern wieder unterworfen. (Ein Rulideneru Ledebours erregt allgemeine Heiterkeit, welche die Hednerin am Weiterreden hindert, der Präsident muß Ruhe schaffen.) Wie es um seine Liebe zu den deutschen Arbeitern stehe, beweise sein in der Denkschrift bekundetes Streben, etwaige Erhebungen in Deutschland nach irrischem Muster oder dem Beispiel des Generalis Wallket gegen die Kommune niederzuschlagen. Auch einem Eisenbahnerstreik wolle er mit Gewalt begangen. Der Weg zum Erfolg über Partei gebe über die Entlohnung des deutschen Imperialismus, sei der einmal entworfen, werde es den Genossen im Ausland wesentlich erleichtert, uns nachzuahmen. Sie kommt sodann auf die Rede des Abg. Stenning zu sprechen, der gemeint habe, ohne entsprechenden Militäraufschlag für die erforderliche Arbeitsleistung im Bergrevier nicht garantieren zu können. Allerdings werden die Bergarbeiter die englischen und französischen Truppen ebensolange gefährdet haben, wie die deutschen Truppen. Die Zukunft gehört der Arbeiterschaft, alle kapitalistischen Experimente und Versuche, der Welt anzuhelfen, haben keinen Zweck, ebensowenig der Völkerverbund. Das Gerede von Deutschlands Verfallung sei eitel Gerede, Herr Stenning und Genossen würden sich schon rechtzeitig mit der Entente verständigen und genau so, wie das in Köln und Mainz geschehen sei, sich in den Dienst der Entente stellen. Damit wird dann die Arbeiterschaft verbreitet, von der in den Debatten sowie die Rede gewesen sei, und die man den Arbeitern als Sozialismus praktischer Art vorlegen wolle. Sie verlange die Sozialisierung des Kohlengebietes, damit der Arbeiter die Gewißheit habe, daß er nicht prinzipial-kapitalistischen Interessen diene. Sie schließt mit einer Begrüßungsrede an den Volkswissenschaftler, der an unseren Grenzen nicht halt machen werde. Wenn Rußland in der Aufbautätigkeit noch nicht mehr habe leisten können, so sollten sich die Kapitalisten aller Länder an die Brust schlagen, weil sie den Rußland nicht die Ruhe gelassen und sie zu den endlosen Kämpfen und Kriegen gezwungen hätten. Aber um so bedauerlicher sei es, wenn die Sozialdemokratie selbst sich auf einen feindlichen Standpunkt stelle, wie Herr Müller es soeben getan. Dieser Zweifelspunkt zwischen der Arbeiterschaft müsse aufgehoben, wenn der Menschheit gelolten werden solle. (Beifall.)

Abg. Derat (Dnat.)

wendet sich gegen die Verwahrung des Reichskanzlers wegen des Vorwurfs der Verletzung der nationalen Würde und der Ermangelung der erforderlichen Festigkeit. Auch Abg. Daukmann habe heute von der „unfittlichen“ Forderung des Truppeneinmarsches gesprochen, da sei eben eine glatte Ablehnung notwendig gewesen, kein so schwächlicher Protest. Herr Stresemann habe selbst feinerzelt erklärt, es dürften in Zukunft keine Verträge gegen die nationale Würde mehr vorkommen, was sei nun erfolgt? (Proteste bei der Deutschen Volkspartei, großer Lärm.) Der Reichskanzler habe getrennt die Erfüllung der Forderungen als möglich bezeichnet, der Außenminister habe im Auswärtigen Ausschuss sich anders ausgesprochen. Man habe eben nur unter dem Druck der Majorität gehandelt. Aber warum sei man auf diese Gefahr des Einmarsches nicht vorbereitet gewesen, denn meistens die Minister aus dem alten Kabinett wählten es wissen! (Proteste, großer Lärm.) Aber wurde nicht unterzeichnet, so las im Falle des Einmarsches ein Rechts-

bruch vor, der uns in den Augen der Welt zuante gekommen sei. Ob er aber wirklich erfolgt wäre, sei billig zu bezweifeln. Von einem Mißtrauen gegen die Regierung könne keine Rede sein, denn noch außen hin müßten alle Deutschen einig sein. Aber die Doppelmoralität des Reichskanzlers könne er und seine Partei nicht teilen. Die Verhandlungen mit der Entente seien noch nicht zu Ende, Genf und die Lösung der Ostfragen ständen noch vor uns. Dabei müßten wir der Regierung heute den Rücken stärken und zwar müßten wir ihr öffentlich die Marschroute vorschreiben, damit sie daran eine Stütze habe, wenn für die Entente in Genf weiter zulehen sollte.

Vizekanzler Selmas

bedauert, daß der Vordrüber die Ausführungen des Reichskanzlers doch nicht ganz richtig aufgefaßt habe. Nebenfalls habe den Gang der Verhandlungen nur der richtig verstanden können, der selbst dabei gewesen und dem Geaner Auge in Auge gegenübergestanden habe. Ueber die Konsequenzen der Nichtunterzeichnung sei Vordrüber uns noch die Erklärungen schuldig geblieben. Die Drohung mit dem Einmarsch bestehe freilich noch, aber er möchte den sehen, der unter den obwaltenden Umständen gesagt hätte, dann lieber heute als morgen! (Bravo.) Unsere Aufgabe sei es, den Einmarsch zu verhindern. Unter Volk liege schwer darnieder, dieses Volk zum nationalen Widerstand aufzurufen, hätte die Regierung nicht verantworten können und werde es auch in Zukunft nicht tun.

Minister Simons:

Abg. Derat hat uns nicht den Rücken gestärkt, er ist uns in den Rücken gefallen. Wir haben die Verschlechterung der Friedensbedingungen nicht angenommen, wir haben dagegen angeknüpft. Auf die Wünsche nach einer Zusammenkunft alles dessen, was wir an die Entente zu liefern hätten, ganz gleich ob es angedreht werde auf die Entschädigung oder nicht, werde im Auswärtigen Ausschuss zunächst beantwortet werden. Gegenüber den Abg. Stresemann und Müller-Franken stellt er seine Ausführungen über den Bolschewismus richtig. Auch aus der Höhe würden neue Palme aufsteigen. Deutschlands Weg geht zurzeit über einen schmalen Pfad, wenn ich daher hier mit Vorlicht spreche, so ist das kein Mangel an nationalem Bewußtsein. Auf der einen Seite steht die Entente, auf der anderen Sowjet-Rußland. Gegenüber der Entente stehe ich auf dem Standpunkt, daß wir uns bemühen müssen, den Forderungen nachzukommen, Rußland gegenüber müssen wir die Verhältnisse nehmen, wie sie sind. Wir dürfen auch ein Volk nicht entgelten lassen, das seine Ideen und Bestimmungen uns nicht genehm sind. Der Zweifel des Abg. Derat an dem ersten Willen Frankreichs, das Ruhrgebiet zu besetzen, werde durch die Klage der Industrielle Frankreichs über den Mißerfolg erwiesen.

Abg. v. Schloch (D. Wpt.)

spricht seine Freude über die verfassungsmäßige Haltung der bayerischen Regierung in der Geländefrage aus, wenn einmal die Besprechungen zwischen Herrn Dard und Herrn v. Kär in Sachen der Einwohnernwehr stattfinden sollten, so werde er sie begrüßen, wenn sie ganz Deutschland unangehen können. Die Bayerische Volkspartei habe sich mit Dard und Verland für die Innehaltung zum Reiche bekannt, ebenso die bayerische Sozialdemokratie, da würden also alle Trennungsgelüste des Herrn Millerand seinen Erfolg haben. Wir Bayern lassen uns von Ost- und Westpreußen nicht beschämen, wir wollen auch Opfer für das Reich bringen, wie wir das auch im Arzene getan. Bayern selbst unter dem Kohlenmangel schwer, aber es wird es ertragen in dem Bewußtsein: „Das ist Frankreichs Wert“.

Abg. Geim

versichert auf das Wort. Es folge eine Reihe persönlicher Bemerkungen, an der sich die Abg. Breitich und Stresemann beteiligen. Der Antrag der Deutschnationalen, der der Regierung das Bedauern über ihre Unterzeichnung ausspricht, wird abgelehnt.

Der Antrag der Mehrheitsparteien, der die Gründe der Regierung für ihr Verhalten in Spa billigt, wird angenommen.

Außerdem haben die Unabhängigen einen Antrag auf sofortige Sozialisierung der Kohlenbetriebe eingebracht. Minister Simons findet den Antrag, so sympathisch er der Regierung sei, z. B. für unmöglich, da er in die Abmachungen mit der Entente käuflich eingreifen könne.

Abg. Ledebour (Unabh.) meint, das sei nicht zu befürchten. Der Antrag wird abgelehnt.

Es folgt die Interpellation der Mehrheitsparteien wegen der

Abtretung des Weichseluferkreises.

Abg. Heischer (Zentr.)

begründet die Interpellation und erklärt, nach dem ihm zur Verfügung stehenden Informationen aus Paris habe die Entente die in Frage kommenden fünf Dörfer bereits Polen zugesprochen. (Allgemeiner Protest.) Das sei eine Verletzung der Verträge und gebe Grund, die Revision des gesamten Friedensvertrages zu verlangen.

Minister Simons:

Es gibt nur eine Lösung, nämlich die Zuteilung des gesamten Gebietes an das Deutsche Reich. Trophem hat 1. c. Oberste Rat die 5. Westzone und die fünf Ostzonen als eine Art Identität angesehen. Der Beschluß verfährt gegen das Völkerrecht. Das Auswärtige Amt hat alles nur Mögliche getan, um diese Vergewaltigung hinstanzzuhalten. Er erhebe sich jetzt Protest gegen diese Verletzung des Völkerrechts. Im übrigen werde die Behandlung der Polen auf unserem Gebiet genau derjenigen entsprechen, welche unsere Landsleute auf polnischem Gebiet erfahren.

Abg. Schuls (Deutsch.)

bedauert, daß man erst in so später Stunde zu dem erforderlichen Protest gegen diese neue Vergewaltigung kommen. Er habe weg von der Weichsel, müsse die Lösung sein. Die Regierung muß hier eingreifen und der Entente klar machen, hier gibt es kein Diktat.

Abg. Wolmann (Deutsch.)

gibt ebenfalls ein Zeugnis des Mißtrauens zum Reiche, bedauert, daß das Selbstbestimmungsrecht nicht geschützt werden solle und bittet das Haus, in diesem Falle wenigstens Einmütigkeit zu betonen.

Abg. Gering (Deutsche Volksp.)

erwartet, daß jeder Deutsche mit sich den deutschen Osten entreiße. Es gebe ein altes Naturgesetz, das lautet: Jert euch nicht, Gott läßt sich nicht spotten!

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.)

schließt sich dem Protest ebenfalls an. Ein Protest sei notwendig, aber nicht Gewalt. Einwören aber könne man sich eigentlich nicht, denn die Diktatoren, die Kämpfer des Unfriedens im Osten, ernteten jetzt das, was sie früher geist hätten.

Damit wird die Besprechung der Interpellation geschlossen.

Morgen nachmittags 1 Uhr: Zweite Beratung des Entwurfs, betr. Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit und zweite Lesung des Reichsnoteizats.

Das Ergebnis von Voulogne.

Ueber die Zusammenkunft Lloyd Georges mit Millerand in Voulogne meldet der Sonderberichterstatter der „Agence Havas“: Was die von der Sowjetregierung verlangte internationale Konferenz betrifft, so wird die britische Regierung

im Einverständnis mit der französischen Schlichterin antworten, daß die Konferenz nur dann zusammen treten könne, wenn die Bolschewisten im Gegenseitigen zu ihrer hiesigen Haltung damit einverstanden sind, daß Polens Schicksal dabei erstere wird. Wenn die Warsauer Regierung diesen Vorschlag annimmt, wird Millerand über die weitere Behandlung der Angelegenheit befragt werden und die Bedingungen stellen, die er für notwendig erachtet, um die Sowjet-Regierung anzuerkennen. Alle qualifizierten Vertreter Rußlands und der Nachbarstaaten sollen an der Konferenz teilnehmen. Lloyd George hat sich der französischen Ansicht angeschlossen und alle Verhandlungen mit den Bolschewisten unterbrechen. Polen kann daher hoffen, nicht in unmittelbaren Verhandlungen mit Rußland erdrückt zu werden.

Eine weitere wichtige Entscheidung wurde in der Frage des Inkrafttretens des finanziellen Teiles des Uebereinkommens von Spa über die Kohlenlieferungen Deutschlands auf die Anregung Marfals hin getroffen. Die Wiedergutmachungskommission wird beauftragt werden, die Ausführung des Uebereinkommens in jeder Hinsicht zu sichern, sowohl was die Kohlenlieferungen als auch was die von den in Betracht kommenden Allierten an gewährenden Vorschüsse anlangt. Deutschland soll am 1. September 1920 der Wiedergutmachungskommission Schachschine im Werte von 60 Millionen Goldmark mit dem Verfalltag des 1. Mai 1921 und einem jährlichen Zinsfuß von 6 Prozent übergeben. Nach dem 1. September 1920 und je nach den erfolgten Kohlenlieferungen wird Deutschland ähnliche Schachschine nach Maßgabe der Vorschüsse übergeben. Die Vorschüsse werden natürlich den Lieferungen angepasst werden. Die Wiedergutmachungskommission kann sich die diesen Schachschinen entsprechenden Beträge durch Verkauf oder Stilligmachung mit oder ohne Indossament an die interessierten Allierten beschaffen. Um den Betrag der an gewährenden Vorschüsse solcher festzustellen, kann die Kommission provisorisch die Quoten der monatlich an Deutschland an gewährenden Vorschüsse unter Vorbehalt späterer Wertung auf 40 Goldmark für die Tonne festsetzen. Auf diese Art würde sich der französische Schad von den Deutschen auf Grund des Uebereinkommens an gewährenden Vorschüssen durch eine einfache Bankoperation auf die Ware frei machen. Die französischen Kreise sind von dieser Lösung sehr befriedigt, die von den französischen Vertretern vorgebrachten Wünsche entspricht.

Eine ergänzende Meldung.

Der Sonderkorrespondent der Agentur Havas in Voulogne meldet ergänzend, daß die französische und die britische Regierung zu der gleichen Zeit, wo sie die Sowjet-Regierung benachrichtigten, daß die Konferenz über die Wiederaufnahme der normalen Beziehungen der Entente zu Rußland von der Regelung der politischen Frage abhängig sei, auch der Warsauer Regierung zur Kenntnis bringen, daß sie ihre schwierige Lage nicht außer Acht lassen und ihr bestimmte Maßschritte erteilen. Falls die Sowjet-Regierung die in der gestern ausgearbeiteten Note gestellten Bedingungen annehme, wird Großbritannien und Frankreich einladen, an der Konferenz mit ihnen teilzunehmen. Frankreich wird wahrscheinlich aus Rücksicht gegen England und entsprechend seinen Interessen Polen gegenüber zustimmen. Diese Telegramme bedeuten indessen weder die Aufnahme der politischen Beziehungen noch die Anerkennung der Sowjetregierung. Millerand wird zu Beginn der Konferenz die Frage der Anerkennung der Verfassungen der früheren russischen Regierung stellen. Die Frage der Beteiligung der Nachbarstaaten und General Brangelis wird ebenfalls zu Beginn der Konferenz aufgeworfen werden. Sir Reginald Tower wird die Weisung erhalten, zu verhindern, daß die Stillstellung der Allierten gegenüber Polen durch politische Maßnahmen sabotiert werden, wie durch den Streik der Dockarbeiter, die sich weigerten, die Munition auszuladen.

Eine Aeußerung Lloyd Georges.

Lloyd George sagte bei seiner Rückkehr nach London, die Besprechung in Voulogne sei höchlich und erfolgreich gewesen. Zwischen Frankreich und England sei eine vollkommene Uebereinkunft erzielt worden.

Beginn der polnisch-russischen Verhandlungen.

Die Bolschewisten haben den Polen mitgeteilt, daß sie bereit sind, am Freitag die Waffenstillstandsverhandlungen zu beginnen.

Nach einer Meldung des „Evening Standard“ werden die gegenwärtig in Stockholm weilenden russischen Handelsbevollmächtigten in den nächsten Tagen ihre Reise nach London fortsetzen. Man glaubt, daß sie zugleich zur Einleitung der Vorbereitungen über die geplante Londoner Konferenz bevollmächtigt wurden.

Witna von den Plänen wieder geräumt.

Die litauischen Truppen haben Witna verlassen und sich bis auf die vereinbarte Demarkationslinie zurückgezogen. Nur die litauische Kommandantur verbleibt in Witna, um die litauische Forderung an Uebnahme der Zivilverwaltung auch weiterhin zu vertreten.

Die Bolschewisten setzen ihre Kantonen in den besetzten litauischen Gebieten mit allen Mitteln fort. In Witna haben sie bereits besondere Abteilungen für soziale Fürsorge, Ernährungswesen und Volkserziehung errichtet. Die Verwaltung der Fabriken ist den von den Bolschewisten eingesetzten Arbeiter-Komitees übergeben worden. Die Beschlagnahmen und Verhaftungen dauern an. Die Gutbesitzer sollen allgemein verhaftet werden. In Witna machen sich bereits großer Lebensmittelmangel und Hunger bemerkbar.

Rückzug der Bolschewisten aus Berlin.

Die russische Regierung ist durch ein „Radio“-Telegramm des russischen Volkskommissars des Innern Schischkewitsch davon in Kenntnis gesetzt worden, daß alle russischen Land- und Seestreitkräfte aus polnischem Gebiet zurückgezogen werden.

„Times“ meldet aus Konstantinopel, daß Kerkesschan sich jetzt vollständig unter bolschewistischer Herrschaft befindet.

Allenstein und Marienwerder fallen an Deutschland zurück.

Der Postfacherrant hat, wie aus Paris gemeldet wird, den Wortlaut der Mitteilung, die an die polnische und die deutsche Regierung gerichtet worden soll, infolged, die ihnen die gefassten Beschlüsse bezüglich Allenstein und Marienwerder zur Kenntnis bringt. Diese Gebiete fallen an Deutschland zurück. Die Grenzkommissionen sind jedoch die Beschlüsse zu befolgen, um auf dem rechten Ufer einer Vertragsbestimmung, die den Polen die Uebewachung des Flusses zugesichert, Wahrung zu verschaffen.

Warnung vor militärischen Verbündungen.

Vom Reichswehrministerium erging an die Reichswehr folgende Befehle:

Unter einem mehr oder weniger patriotischen Deckmantel werden zurzeit in Deutschland von verschiedenen Organisationen militärische Verbündungen betrieben, von denen in der Öffentlichkeit nicht nachdrücklich genug gewarnt werden kann.

Auf der einen Seite suchen gewissenlose Werber alles und entlassene Desertionsgehörige zur „Gefahrung des Volksweltwunsches“ geheimnisvollen Formationen anzuschließen, die von Ostpreußen, dem Baltikum und Finnland aus gegen das bolschewistische Rußland zu Felde ziehen sollen. Hehliche Verbündungen sind ebenfalls im Gange, um den südbaltischen Gegenrevolutionären auf der Arm Freiwillige anzuschließen. Der Schein-Rojar a. D. Wilschhoff von Ungarn aus seine Hand im Spiele zu haben.

Auf der anderen Seite wird auch von bolschewistischen Kreisen Annoncen für die Rote Armee gesucht. Diese Art von Werbung orientiert so, daß sie ihre Ziele zunächst unter der Vorherrschaft, es gelte den Kampf gegen den Bolschewismus, zu einem Sammelpunkt löst, der möglichst weit von ihren Delimitationen entfernt liegt. Wenn der Bolschewismus dann die Mittel für die Delimitation verliert, wird ihnen erspart, sie wählten in die Rote Armee einzutreten und mit ihr den Kapitalismus aller Völker bekämpfen.

Alle diese Verbündeten für welche wie für rote Garben müssen auf das schärfste bekämpft werden. Wer denkt, er bleibe seinem Vaterlande, indem er seine Haut für oder gegen Russland zu Markte trägt, ist in verhängnisvollem Irrtum befangen. Er schwächt nur die deutsche Neutralität, über deren Wichtigkeit sich sämtliche Parteien Deutschlands einig sind.

Nach und nach jeder Einzelne darüber klar sein, daß er sich durch die Teilnahme an einem derartigen Unternehmen außerhalb des Schutzes seines Heimatlandes begibt. Es wird der deutschen Regierung nicht möglich sein, den Geschicklichen Unterstützung anzuwenden zu lassen oder für ihre Sicherheit einzutreten, wenn das Abenteuer, wie vorausgesehen, zusammenbricht.

Gegen die Verführer und Werber aber zu solchen unglücklichen Expeditionen wird mit aller Schärfe des Gesetzes eingeschritten werden, wozu die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920 die nötige Handhabe gibt.

Dr. Dornen nach Wiesbaden zurückkehrt.

Die Oberreichsanwaltschaft in Weimar teilt mit, daß der Untersuchungsrichter den Rücktransport Dr. Dornens nach Wiesbaden anordnet habe.

Dort Wiesbadener Zeitung ist es gestern vormittag unter anderem Geleite nach Wiesbaden zurückgekehrt. Wie die Tageslichtung aus Wiesbaden hört, sind der Regierungspräsident und der Ministerpräsident aus Anlaß der Verhaftung Dornens von der französischen Behörde vorläufig ihrer Ämter enthoben worden.

König englisches Kronland.

Aus London wird gemeldet: Die Kabinettsordre erschien, die das Vorkontrollat über das Ostafrika der britischen Krone zurückerhält. Das neue Kronland hat den Namen Koupakotonie erhalten.

Prognose der Entente an Deutsch-Oesterreich.

Die Entente hat wegen des Vertrags für den Kriegsgesandenen Austausch, den die österreichische Regierung mit der Sowjetregierung abgeschlossen hat, eine schwerwiegende Prognose an die deutschösterreichische Regierung gerichtet. In dem Vertrag hat sich Oesterreich zur Neutralität verpflichtet und erlaubt, daß es die Durchfuhr von Waffen durch Oesterreich vermitteln werde. Wegen dieser Bestimmung und einzelner anderer hat die Reparationskommission der österreichischen Regierung die oben erwähnte Note überreicht. Sie deutet an, daß sie Oesterreich die gegenwärtigen Kredit und der Verdüsterung die Nachkriegsmittelzufuhr entziehen werde, falls Oesterreich auf der Durchführung des Vertrages mit der Sowjetregierung beharren sollte.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.
Gegen die Massenwanderung fremdnationaler Elemente. Im Hausparlament des Reichstages wurde ein deutschnationaler Antrag unter Zustimmung des Ministers des Innern angenommen, der der Massenwanderung fremdnationaler Elemente wehren will, ihre Rückführung und erforderlichenfalls Internierung verlangt, soweit sie sich als lästig erweisen und eine Denkschrift über den Stand dieser Dinge fordert.

Die Frage des holländischen Kredits. Im Gegensatz zu einer vor wenigen Tagen vom Allgemeinen Handelsblatt verbreiteten Meldung, daß die Beratung des Kredits über den Kredit an Deutschland in der ersten holländischen Kammer ausbleiben werden soll, wird mitgeteilt, daß sie heute beginnen wird.

Ausfuhr deutscher Waffen. Wie die Stockholmer Zeitung „Dagens Nyheter“ meldet, ist die schwedische Regierung ersucht worden, die Erlaubnis zur Durchfuhr von 200.000 deutschen Mauerwaffen zu erteilen. Diese sollen nach Mexiko und nach anderen Ländern ausgeführt werden. Da indessen eine große Anzahl an die Entente abgeliefert werden soll, so ist die Angelegenheit dem schwedischen Minister des Auswärtigen zur Untersuchung und Entscheidung übertragen worden.

Die Verfassung Dantsig. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aus Dantsig meldet, begann vorgestern die verfassungsgebende Versammlung mit der zweiten Lesung des Verfassungsentwurfs. In der Generaldebatte brachten die Vertreter der bürgerlichen Parteien ihre Zustimmung zum vorliegenden Entwurf zum Ausdruck, während die Sozialdemokraten, Unabhängigen und Polen ihn ablehnten. Bei der dann begonnenen Beratung wurde der Bezeichnung „Freie und Hansestadt Dantsig“ mit allen bürgerlichen gegen die Stimmen der Polen und Sozialisten zugestimmt, mit dem gleichen Stimmenverhältnis auch die Krone im Dantsiger Wappen beibehalten.

Eine Amnestie für die März-Ausflüchter. Der Plan einer Amnestie für die am März-Ausbruch und an der Aufwiegungsbewegung im Ruhrgebiet beteiligten Personen, soweit sie nicht eine führende Rolle gespielt haben, bildet nach der „Ber-

liner“ den Gegenstand von Verhandlungen, die zwischen Reichsregierung und den Parteien des Reichstages geführt werden. Die Amnestie soll sich nicht nur auf politische Verbrechen, nicht aber auf gemeine Verbrechen erstrecken. Die Frage, ob die Regierung sich zur Einbringung einer Amnestiegesetz erlösen oder ob die Parteien die Initiative durch einen Gesetzesentwurf ergreifen werden, ist noch offen. In parlamentarischen Kreisen wird Wert darauf gelegt, das Amnestiegesetz noch in dem laufenden kurzen Tagungsabschnitt fertigzustellen. Ob das möglich sein wird, steht freilich dahin.

Kleinwohnungsbauten in Bayern. Dem Finanzministerium des bayerischen Landtages wurde ein Antrag des Ministeriums für soziale Fürsorge auf Bewilligung von 80 Millionen zur Durchführung von Kleinwohnungsbauten unterbreitet. Finanzminister Dr. Krauß teilte im Verlauf der Sitzung mit, daß das bayerische Budget mit einem ungedeckten Defizit von 1/2 Milliarde abschließt.

Die Stärke des neuen Heeres. Das neue Reichsheer wird nach der Berechnung auf 100.000 Mann folgende Stärke aufweisen: 1 Ober der Generäle, 4 Generale, 14 Generalleutnants, 31 Generalmajore, 128 Obersten, 206 Oberleutnants, 1103 Leutnants, 217 Kerale, 142 Oberleutnants, 103 Hauptleute, 100 Hauptmeister, 100 Oberfeuerwerker, 97 Feuerwerker, 142 Unteroffiziere, 108 Untermeister, 48 Unteroffiziersmeister, 63 Unteroffiziersmeister, 217 Unteroffiziersmeister, 723 Oberfeldwebel, 2007 Feldwebel, 13504 Unteroffiziere 78.573 Mannschaften.

Die Franzosen sind in Samatras einermüdet und haben den National und die öffentlichen Gebäude besetzt. Die Truppen fanden auf dem Marsche zahlreiche vom Meibe auf seiner regellosen Flucht zurückgelassenes Material vor.

Vertikales und Sächsisches.

Miesla, den 29. Juli 1920.

Johann Strauß in Riesa. Die Voraussetzungen war, hatte das Präsidenten-Geschäft von Johann Strauß eine starke Anziehungskraft ausgeübt. Die tausend Eingelegten, die der Väter der Bauwirtschaft befehligt hatte, reichten nicht aus, um die Besucher unterzubringen. Miesla ist ja immer ein guter Boden für die Operette gewesen, was gestern den starken Aufstrom nach dem Park veranlaßte, war aber erst in zweiter Linie der anerkandte Operettenabend, in erster Linie der kleinerer Künstler. Johann Strauß am Dirigentenpult oder den Bogen führen zu sehen, ist ein Genuss für sich. Er ist der geborene Interpret der letzten musikalischen Werte. Was die Vortragsweise an alter und neuer Operettenmusik bot, hatte man alles in schon unzählige Male gehört, und doch stand man gestern Abend im vollsten Genuß der einschmeichelnden Melodien, daß man nicht selten meinte, sie das erste Mal zu hören. Strauß dirigieren zu sehen, ist eine Lust, elektrisierend und mitreißend wirkt er aber, wenn er selbst den Bogen mit führt. Beim Erklären des Schachmats aus dem „Bauerndarwin“ und der „Pater aus „Das Zerkentum der Königin“ und „Die Rose von Stambul“ war wohl das Bedauern darüber allgemein, nur zuzuhören zu müssen und sich nicht nach diesen fortwährenden Klängen drehen zu dürfen. Der Wiener Dirigent wurde mit lebhaftem und anhaltendem Beifall bedacht. Daß er an der Entgegennahme der Beifallsbezeugungen auch die Kapelle teilnehmen ließ, war gerechtfertigt. Der temperamentvolle Dirigent stellte natürlich an das Orchester nicht geringe Anforderungen, denen es sich aber, besonders wenn man berücksichtigt, daß kein Konzert nur eine Probe vorausgehen konnte, vortrefflich gemacht zeigte. So gestaltete sich der Abend zu einem in jeder Hinsicht überaus gelungenen. — Abgibt wurde das Belegen von Blasen für noch nachkommende empfangen, wodurch rechtzeitig kommende Besucher gegenüber später kommenden in Nachteil gerieten. Hiergegen muß ganz energig Verwahrung eingelegt werden.

Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum 29. d. M. ist in das Kontor einer hiesigen Firma ein Einbruch verübt worden. Die Täter haben einen Geldschrank erbrochen und eine größere Summe Geldes daraus entwendet, darunter u. a. einen Tausendmark Schein vom 29. d. 1910. Wahrscheinlich, die zur Ermittlung der Täter führen können, wolle man der hiesigen Polizei nach melden.

Sendungen an Soldatenstrahlen gebührenpflichtig. Nach Inkrafttreten des Gesetzes über die Aufhebung der Gebührenfreiheit im Post- und Telegraphenverkehr vom 20. April 1920 sind nicht von Postbehörden ausgehende Sendungen an Postdienstleistungen gebührenpflichtig. Ausgenommen sind nur die Briefe der Kontoinhaber an die Postbesitzer in Postbesitzangelegenheiten, Schreiben an das hiesige Postamt, soweit dieselben nicht im Amtszimmer des Postamts 1 oder am Schalter der Zweigpostämter Niederlage und in Größe abgegeben werden, sind demnach gebührenpflichtig.

Alle Fischwaren, auch Salzheringe, geräucherter und andere Fischwaren, dürfen im Kleinhandel nur noch nach Gewicht verkauft werden. Darauf soll nochmals ausdrücklich hingewiesen werden. Bei dieser Verordnung des Wirtschaftsministeriums nicht nachkommen, hat strenge Strafe zu erwarten. Auf Zuwiderhandlungen steht Gefängnis bis zu sechs Monaten oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark.

forierte nach dem Fuß. „Natürlich, du bist aufgeregt... Aber, Tina. Der Junge, der sitzt irgendwo.“ Und nun wurde seine Stimme noch leiser, und das, was seine Worte sagten, wirkte noch mehr in ihre Seele hinein. „Du glaubst also, daß er draußen irgendwo ist.“ „Du darfst nicht gekommen ist?“ „Und sie liebt ihn wieder, sagt du?“

„Ja, sie liebt ihn“, bestätigte Frau Tina. Das klang sehr beklü. Darauf sprachen die Alten von den Begehrenheiten des Nachmittags. Die Kunst an der Haustür hatte gar nicht still gestanden. Um die Kaffezeit herum war der Diener aus dem Bernsteinhause mit einem Brief des Kommerzienrats für Leberecht gekommen. Der Diener hatte gleich Antwort haben wollen, man hätte aber nichts sagen können, weil Leberecht nicht da war. Kaum eine halbe Stunde später war wieder die laute Klingel und das Beilen des Hundes durch das Haus gegangen; und diesmal war es Ingeborg Hindenberg, die im Flur stand. „Was ein halbes Mädchen, Frau Wiedenkamp“, hatte sie fast schäudernd gebeten. Ganz anders als sonst war dies Mädchen, keine Mädchen ihr, Frau Tina, heute erschienen. So zaghaft und unsicher, und als sie dann ihr gegenüber gelassen und die dumme Briefgeschichte der Apothekerin erzählte, wäre sie wohl gemerkt, daß das hübsche Mädchen schredlich erregt gewesen, daß jedem kleinen Geräusch auf dem Flure wäre sie zusammengezuckt und alle Augenblicke hätte sie lauschend den Kopf gewendet. Und als Friedrich angekommen hatte, der ausgedauert worden war, nach dem Ergehen des Professors habbenger zu fragen, wäre sie von ihrem Orte in die Höhe gesprungen. Nachher hätte sie ihrer Aufgeregtheit wegen um Aufschuldigung gebeten, die Sache des Fräulein Dismann wäre ihr so nahe gegangen. Aber sie hätte das recht unsicher gestottert. Als Friedrich dann berichtet hatte, daß Leberecht bei dem Professor gewesen, und als sie, Frau Tina, darauf ein paar bejorgte Worte über das Ausbleiben ihres Sohnes hatte fallen lassen,

— Pastetten wieder vier Tage gültig. Das reiche Publikum wird kaum aufmerksam gemacht, daß die Geltungsdauer der Pastetten nun wieder vier Tage beträgt und somit die Möglichkeit einer früheren Lösung gegeben ist. Im Interesse der Allgemeinheit empfiehlt es sich, daß von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wird. Es werden dann die Zeitungen vor den Schaltern an Länge verzerren und es wird das Nationalen jammiger Reizen sicher gestellt sein.

Aufhebung der Zwangswirtschaft der Margarine. Die Weidungen über die geplante Aufhebung der Zwangswirtschaft der Margarine finden durch ein Schreiben an die „P. V. M.“ ihre Begründung. Es heißt da: Mit Rücksicht auf die erheblichen im Innern vorhandenen Bestände an Rohstoffen, sowie die Möglichkeit weiterer Rohstoffeinfuhr zu verhältnismäßig günstigen Weltmarktpreisen, erscheint die Zwangswirtschaft der Margarine nicht länger erforderlich, und die Wegnahme des Verbots der Weidung im freien Handel gebietet. Es wird deshalb vom 1. August d. J. ab die bisherige Zwangswirtschaft für Margarine aufgehoben werden, das gleiche gilt für Kunstseife, Speisefett (siehe Seite von Milch und Schmalz) und Speisefett. Anschließende werden vom 1. August diese Speisefette nicht mehr behördlich ausgestellt, sondern die Bevölkerung kann ihren Bedarf ohne Marken im freien Absatz decken. Odorspezifische bleibt vorbehalten. Abgesehen von der Freigabe des Absatzes dieser genannten Speisefette bleiben einhundert alle Bestimmungen über die Bewirtschaftung von Elen und Fetten sowie die über die Einfuhr noch in Kraft. Im Interesse der heimischen Industrie soll die Einfuhr von ausländischen Fertigfabrikaten oder Halbfabrikaten grundsätzlich ausgeschlossen sein. Nur die Rohstoffe sollen eingeführt werden, die im Innere zur Bearbeitung gelangen. Die Bewirtschaftung von Schmalz und Butter kann noch nicht aufgehoben werden; diese Seite werden weiter auf Marken verteilt.

Strelia. Veranlaßt durch wiederholte Feldblähfälle, die der Gutspächter G. Junge bei seiner eigenen Ernte wahrnehmen mußte, indem ihm Kartoffeln geschoben und von mehr als 80 Büschen die Keimlinge abgeschnitten wurden, machte er in der Nacht zum Sonnabend eine Streife durch seine Felder. Als er im Begriff war, einen von ihm betroffenen Feldblähwelder gerade beim Ausbrechen von Getreide war, zu stellen, wurde er vom Dieb mittels Revolver angegriffen. Trotzdem konnte der Feldblähwelder nicht und unbeschädigt gemacht werden. Der Täter, der Arbeiter August aus Kirschners, wurde in das Amtsgerichtsgefängnis Miesla eingeliefert. Bei einer am Sonnabend vorgenommenen Hausdurchsuchung wurden bei A. noch etwa fünf Zentner Getreide gefunden.

Großenhain. In der vorletzten Nacht wurde in der Kartonsabrik Bernhard Kammach hier, ein schwerer Einbruchdiebstahl verübt. Diese haben sich drei sogenannte Dampffah 310 Meter Rohstahl und 250 Meter blauefarbigen Rohstahl gestohlen. Der Wert der gestohlenen Stoffe beträgt gegen 15.000 Mark.

Jittau. Eine weltliche Sendung der Gemischten ist durch das Eingreifen einer von Arbeitern gebildeten Preisentscheidungskommission unter Mitwirkung des Rates hier herbeigeführt worden. Obwohl Jittau die erste Gemischtenstadt Sachsens ist, waren die Gemischten bisher sehr hoch, teilweise sogar höher als in einer anderen Reichsstadt Mitteldeutschlands. Anlaß des Eingreifens der Kommission sind die Händler wie Händler den Verbrauchern sehr entgegengekommen. So haben sich die Händler bereitwillig, die bisher ihnen eingehenden Handelsquoten durch durchschnittlich 20 bis 30 Prozent zu erniedern. Auch mit den Verbrauchern sind Verhandlungen wegen Preisermäßigungen im Gange. Um ansehnlich wirken zu können, wird die Stadt aber auch selbst den unmittelbaren Bezug und die unmittelbare Abgabe einiger Sorten, vor allem von Birnen und Äpfeln, anstreben.

Ramens. Durch die Weigerung eines Hausbesizers, die ihm angewiesene Zwangsunterkunft anzunehmen, entstand auf der Bauher Straße ein großer Menschenauflauf. Mehrere Stunden lang umlagerten einige hundert Personen das verlassene Haus, und erst nachdem von Polizei- und anderer Seite eingegriffen und von der Menschenmenge die Türöffnung eingekerkert wurde, blinerte der Hauswirt das Haus.

Zwickau. Eine härmliche Verlesung, wobei dem Referenten Schluß und Fragen vom Hofe gerissen wurden, gab es vergangens Woche abends im Schwannenschauspiel. Dr. Hoffmann-Rauhe wollte über das Thema „Juden, die Könige der Welt“ referieren, wobei er jedoch beirat angefordert wurde, daß es zu Handgreiflichkeiten, zur Kellerei und gewaltigem Raub kam.

Vermischtes.

Explosion in einer Sprengstoff-Fabrik. In einer in der Nähe von Rosenheim (Bayern) gelegenen Sprengstoff-Fabrik fand eine Explosion statt. Drei Arbeiter wurden tödlich und einer schwer verletzt. Die Verlethe der übrigen Werke erleiden keine Störung.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 29. Juli 1920.

Zwangswirtschaft von Wohlfahrtsunternehmungen. Berlin. In den letzten Tagen sind zwei weitere Wohlfahrtsunternehmungen unter Zwangswirtschaft gestellt worden: die Vereinigung zur Erhaltung des Deutschtums in den national gefährdeten Gebieten, die im ganzen

Am Weg und Ziel.

Original-Noman von Margarete Wolff-Reber.

81. Fortsetzung.

Stieber wollte der Alte vor seiner Frau stehen bleiben, sie war aber nicht mehr da. Er sah nur noch gerade, wie die Tür zu ihrem Zimmer ins Schloß schnappte. Das erregte ihn nun abermals, er hatte ihr noch viel zu sagen. „Mädchenlos, rüchlos, wie die Sohle“, knurrte er vor sich hin. Dann ging er in sein Zimmer hinüber, dessen Tür er sehr laut zuwarf.

Doch es währte nicht allzulange, da öffnete er sie wieder und eine Minute später stand er in dem dämmerigen Wohnzimmer vor Frau Tina. „Tini, du ängstest dich doch nicht etwa um den Jungen? Sag doch, du wirst wieder Margarete bekommen...“ Und da Frau Tina nichts sagte, suchte seine alternde Hand ihren Kopf und ihre Stirne. „Tini“, sagte er noch einmal und legte in die Namensnennung eine ganze lange Absicht hinein.

Und ihre Stimme kam aus dem Schatten der Fensterde heraus. „Doch nur, es ist schon gut.“ Und so war das zwischen den beiden alten Dingen schon seit vielen, vielen Jahren. Früher, als Frau Tina noch jung war, hatte sie bei solchen Gelegenheiten immer gemeint, mit der Zeit aber hatte sie es gelernt, ihre Kräfte für etwas Besseres aufzusparen und sich mit dem Gedanken zu trösten: „Er ist ja, er wird auch nicht mehr anders werden.“

Er war ein sonderbarer Mann. Jetzt sah er seiner Frau gegenüber, und alles, was er sagte, war ein Echo in ihre Seele hinein. Und Frau Tina wußte, es entforderte seinem Schuldwerkeln und dem Wunsch, gut zu werden, und sie nahm das lächelnd hin. „Wer die Mütter begreifen könnte“, flüsterte er. „Nimmer müssen sie forren. Immer müssen sie ein Weibkind haben.“ Er freilich über das, hielt sie dann fest und

da wäre Fräulein Hindenberg hübsches Gesicht ganz blank und dann wieder blutrot geworden. Sie hätte immer unruhiger dagelegen und wäre bald gegangen. Im Fortgehen hätte sie ihr aber noch einen Gruß an Leberecht aufgetragen. Und drängen auf der Straße war sie nur so gelaufen. Frau Tina hatte das in ihrem Spion sehen können... So Frau Tina.

Und nun erzählte Ferdinand Wiedenkamp sein Gespräch mit dem Kommerzienrat. Der Mann wäre wirklich sehr für den Jungen eingenommen. Das gehe aus allem hervor. Aus seinem großen Besannern. Leberechts Besuch verpöht zu haben und daraus, daß er ihm gleich den Diener mit einer Einladung zum Abendessen nachsandte, denn der noch ungeöffnete Brief aus dem Tische enthielt eine solche. Ferdinand Wiedenkamp wußte es jetzt aus dem Kommerzienrats Neuerung... und daß der Kommerzienrat schließlich noch selbst gekommen war, um nach dem Ausbleiben zu fragen. Ja, der Leberecht hatte einen Stein im Brett bei dem Herrn. „Ich bitte dich, Tini, die Hindenberg's haben doch immer 10 Holl über alle den anderen Menschen hier. Der Junge hat wirklich Glück und er soll sich nicht lange besinnen, er soll zugreifen.“ Ferdinand Wiedenkamp sprach nun wieder auf und ab.

Witterweise war es im Zimmer dunkel geworden, und nur der Lichtschein, der durch die halbgeschlossene, ins Speisezimmer führende Tür fiel, verbelebte ein wenig Festigkeit. Da denn deckte die Wäden schon den Tisch zum Abendessen, man hörte sie mit dem Geister klappern, und jetzt eben stellte sie den Kopf durch den Türspalt und sagte, ob für den jungen Herrn gedeckt werden sollte.

„Mein Gott, ist es schon so spät?“ Frau Tina griff mit ängstlicher Gebärde an den Kopf, dann nickte sie der Fragenden zu. „Ja, ja, gewiß.“ Der junge Herr wird gleich da sein.“ Der Kopf der Wäden verschwand und das Besannern da drin setzte sich fort.

